

## **Initiativantrag**

**der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags  
betreffend  
EU-Gelder für Arbeitsmarkt- und Insolvenzstiftungen**

**Gemäß § 25 Abs. 6 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als  
dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

### **Resolution**

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass diese zur Finanzierung von Arbeitsmarkt- und Insolvenzstiftungen, die derzeit u.a. aufgrund einer Insolvenz eines großen oberösterreichischen Bauunternehmens erforderlich werden können, bei der Europäischen Union Gelder aus dem Europäischen Globalisierungsfonds beantragt.

### **Begründung**

Im Rahmen des Europäischen Globalisierungsfonds stellt die EU jährlich ein Budget von 500 Mio. Euro bereit. Diese können beantragt werden, wenn beispielsweise ein Abbau von über 500 Beschäftigten in einem einzigen Unternehmen, seinen Zulieferfirmen und Abnehmerbetrieben in einem Zeitraum von 4 Monaten aufgrund eines nachweislichen Zusammenhangs mit Auswirkungen der Globalisierung besteht und ein konkretes Ereignis genannt wird, das die Kündigungen auslöst. In derartigen Fällen werden ca. 50% der Kosten für Qualifizierungen durch die EU übernommen. Beispiele für erfolgreiche EGF-Anträge der vergangenen Jahre waren ein Antrag von Oberösterreich und Niederösterreich betreffend "Transportbranche" für 500 Personen, ein Antrag der Steiermark für die Automobilbranche für 300 Personen sowie die "Stahlstiftung" Steiermark und Niederösterreich für 430 Personen.

Laut Wifo Monatsbericht 5/2013 konnte die österreichische Bauwirtschaft im Jahr 2011 kräftig wachsen und expandierte auch im Jahr 2012 auf moderatem Niveau. Die Bauinvestitionen stiegen 2012 um 1,5%, die Bruttowertschöpfung um 1,9%.

Laut der Konjunkturstatistik nahm die abgesetzte Produktion der Bauwirtschaft 2012 um 4,7% zu und die technische Produktion im Bauhauptgewerbe um 6%. Das dritte Quartal verlief besonders positiv – beide Indikatoren weisen ein Wachstum von über 8% aus. Für den Hochbau konnten ein Plus von 7,8% und für den Tiefbau ein Plus von 4,1% verzeichnet werden. Deutlich expandierten die Sparten "Wohnhaus" und "Siedlungsbauten" und Adaptierungsarbeiten im Hochbau. Im Tiefbau trug vor allem der Tunnel- und Straßenbau zur positiven Entwicklung bei. Sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau spielte die kräftige Ausweitung der öffentlichen Nachfrage eine Rolle.

Die Probleme des nun in die Insolvenz geratenen Bauunternehmens sind somit nicht am österreichischen Markt begründet, sondern gehen auch auf die Tätigkeit des Bauunternehmens in mittel- und südosteuropäischen Ländern zurück. Damit wäre ein nachweisbarer Zusammenhang zwischen den Kündigungen und den Auswirkungen der Veränderungen im Welthandelsgefüge gegeben, denn auch der Wifo Monatsbericht 5/2013 kommt in seiner Markteinschätzung der Bauwirtschaft in diesen Staaten zu folgender Erkenntnis: Seit 2009 schrumpft die Bauwirtschaft in fast allen mittel- und südosteuropäischen Ländern. Nur in einigen Ländern der Region war zuletzt eine Stagnation oder ein leichter Anstieg der Bautätigkeit zu verzeichnen. Damit dürfte die Bauwirtschaft nach dem Tiefpunkt Ende 2009 die zweite Rezessionstalsole erreichen.

Linz, am 2. Juli 2013

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

**Stelzer, Peinsteiner, Weinberger, Aichinger, Brunner, Hingsamer, Pühringer, Langer-Weninger, Ecker, Schillhuber, Jachs, Alber, Kirchmayr, Tausch, Astleitner, Gattringer, Schulz, Manhal, Baier, Weixelbaumer, Frauscher, Stanek, Lackner-Strauss, Hüttmayr, Csar, Höckner, Dörfel**

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

**Hirz, Buchmayr, Schwarz, Wageneder**